

JAV Landkreis Gießen

An alle Auszubildenden
der Kreisverwaltung Gießen

im Hause

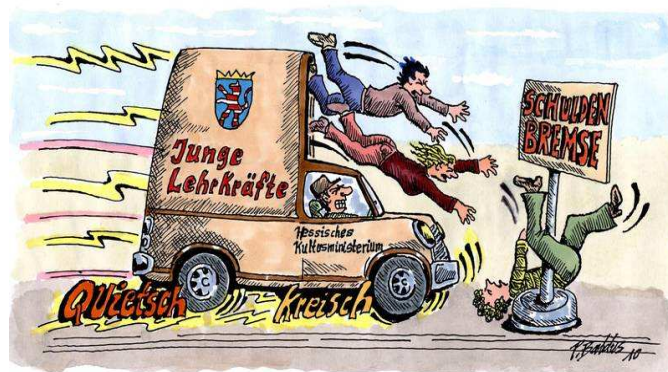
8. März 2011

Die Jugend- und Auszubildendenvertretung informiert – „Schuldenbremse“

Hallo liebe Azubis,

am 27. März 2011 sind Kommunalwahlen und parallel dazu findet eine Volksabstimmung zum Thema Schuldenbremse statt, bei denen ihr von euren Stimmen Gebrauch machen könnt.

Nicht jeder von euch ist schon wahlberechtigt, jedoch ist es ganz wichtig, dass jeder von euch weiß, um was es bei dieser sogenannten Schuldenbremse überhaupt geht.



Im Anhang findet ihr einige Informationen zur Schuldenbremse, die euch hoffentlich zeigen, inwiefern es euch selbst betrifft. Wir würden uns freuen, wenn ihr euch mit dem Thema befassen würdet, da einiges auf dem Spiel steht.

Also nehmt euch bitte kurz Zeit dafür und fragt, wenn ihr Fragen habt nach, damit auch wirklich alles verständlich ist. Wenn ihr Lust habt mehr über das Thema zu erfahren, dann meldet euch bei uns.

Da die Volksabstimmung schon am 27. März ist, ist es schwierig alle Leute darüber aufzuklären. Daher werdet aktiv und versucht so viele Leute wie möglich darüber zu informieren. Ob ihr schon wahlberechtigt seid oder nicht. Eure Meinung ist wichtig und ihr könnt sie dennoch frei äußern und auch an andere bringen, die noch nicht darüber aufgeklärt sind.

Informiert Freunde, Mitschüler, Verwandte, Bekannte, etc. über das Thema. Spricht das Thema in der Klasse an oder thematisiert es im Politikunterricht mit euren Lehrern.

Wenn ihr Informationsmaterial benötigt, stellen wir euch mit Verdi alles zur Verfügung.

Lieben Gruß,
eure Jugend- und Auszubildendenvertretung

Anlagen

Bei Fragen und Problemen wendet euch ruhig an:

Silver Ghandi
Sina Jaschiniok
Anatoli Kern

FD Schule und Bauen
Schule Gleiberger Land
Erhebungsstelle Zensus

0641 9390-1894
0641 82101
0641 96090-923

Silver.Ghandi@lkgi.de
Sina.Jaschiniok@lkgi.de
anatoli.kern@lkgi.de

oder über unser Postfach: jav@lkgi.de

Erklärung und Infomaterial zur Schuldenbremse

-aktuelles Thema zur Kommunalwahl-

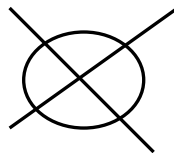


Am **27. März 2011** kannst Du von Deinem Wahlrecht Gebrauch machen und über die Zukunft von Hessen mitbestimmen!

Deine Stimme für ein Hessen, in dem Schulen, Kindertageseinrichtungen, Bibliotheken, Kultureinrichtungen und Schwimmbäder für alle kostenfrei und gut ausgestattet zur Verfügung stehen, Straßen und Infrastruktur in gutem Zustand sind und Krankenhäuser mit gut ausgebildetem Personal und neuester Technik helfen Menschen zu heilen und nicht krank zu machen
Deshalb:

Stopp die sogenannte Schuldenbremse in Hessen! Sie bremst die Zukunft aus.

Die Schuldenbremse wird die öffentlichen Haushalte knebeln und die Infrastruktur weiter ruinieren. Wer eine solche Regel in seine Verfassung schreibt, verspielt die Möglichkeit, Zukunft aktiv zu gestalten. Denn mit einer Schuldenbremse verliert die Finanzpolitik selbst in normalen konjunkturellen Zeiten Handlungsspielräume für eine sozial gerechte Politik. Im Unterschied zum Bund haben die Länder auch nicht die Möglichkeit, autonom ihre Einnahmen - sprich Steuern - zu erhöhen. **Die Schuldenbremse bremst keine Schulden, sie bremst die Zukunft aus.**
Am 27. März ist Volksabstimmung



NEIN

Jede Stimme gegen die sogenannte Schuldenbremse ist eine Stimme gegen Sozialabbau!

Bevor ihr weiterlest, schaut euch das an:

http://www.youtube.com/watch?v=OYsIgk5SYVg&feature=player_embedded

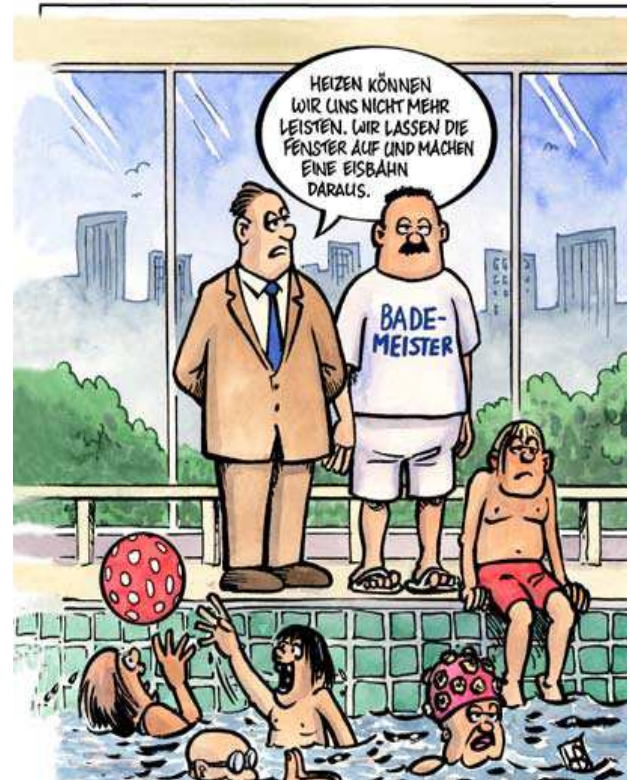
Schuldenbremse - Was ist das überhaupt?

"Schuldenbremse" = Wachstums- und Sozialstaatsbremse

Von der Schuldenbremse zur Schuldenvollbremse

Im Rahmen der Föderalismuskommission II hatte sich die Große Koalition aus CDU/CSU und SPD im Februar 2009 auf eine sogenannte "Schuldenbremse" geeinigt. Die Gunst der Stunde und der politischen Konstellationen in Bundestag und Bundesrat wurden genutzt, um diese Regelung mit jeweils vorhandenen Zwei-Drittel-Mehrheiten im Grundgesetz festzuschreiben.

Dabei gilt für Deutschland wie für alle anderen Euro-Länder bereits seit 1999 eine "Schuldenbremse". In diesem Jahr wurde der Euro zur Gemeinschaftswährung und alle Euroländer wurden laut Vertrag von Maastricht auf die Einhaltung sogenannter "Konvergenzkriterien" verpflichtet. Ein zentrales Kriterium besagt, dass das jährliche Defizit der Mitgliedstaaten nicht mehr als drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) betragen darf. Bereits 2002 überschritt Deutschland erstmalig diese Marke. Seitdem lag Deutschland in der Hälfte der Jahre über der 3-Prozent-Schwelle. Gleiches passierte in anderen Ländern. Mittlerweile trifft dies in der Folge der aktuellen Weltwirtschaftskrise für 20 der 27 Mitgliedsländer zu.



Haben deutsche Politiker hieraus etwas gelernt?



Haben sie sich um eine solide Finanzierung notwendiger Staatsausgaben bemüht?

Haben sie der Ideologie fortgesetzter Steuersenkungen abgeschworen?

Von denen vor allem Unternehmen und Reiche profitieren!

Das Gegenteil ist der Fall. Dafür verfielen sie auf die glorreiche Idee einer noch strengeren nationalen Schuldenbremse.

Im Klartext:

Weil man schon die bestehende Schuldenbremse nicht eingehalten hat, verpasste man sich gewissermaßen eine Schuldenvollbremse.

Diese Logik verstehe wer will!

Regelung der Schuldenbremse

Die neue Schuldenbremse besagt, dass der Bund und die Länder "grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten" auskommen müssen. Für den Bund bedeutet dies, dass er ab dem Jahre 2016 maximal 0,35 Prozent des BIP an neuen Schulden aufnehmen darf. Dieser Wert bezieht sich auf das sogenannte "strukturelle Defizit", also auf das Defizit, das nichts mit konjunkturell bedingten Ausgaben zu tun hat. Um konjunkturellen Wachstumsabschwächungen entgegenzuwirken können bis maximal 1,5 Prozent des BIP an Schulden aufgenommen werden. Diese müssen auf einem Kontrollkonto festgehalten und im nächsten Aufschwung abgebaut werden. Auch im Falle von außergewöhnlichen Notsituationen können zusätzliche Kredite aufgenommen werden. Hier muss jedoch parallel ein Tilgungsplan vorgelegt werden.



Während dem Bund noch ein kleiner Verschuldungsspielraum gelassen wurde, dürfen die Bundesländer ab 2020 aus unerfindlichen Gründen überhaupt keine Schulden mehr machen. Da dies ein Eingriff in die verfassungsrechtlich geschützte Haushaltsautonomie der Bundesländer darstellt, hat der Schleswig-Holsteinische Landtag Verfassungsklage erhoben.

Die Schuldenbremse steht in offenem Widerspruch zum Erkenntnisstand der Finanzwissenschaft. Dort gilt als "goldene Regel", dass öffentliche Investitionen durch Kredite vorfinanziert werden. Man stelle sich vor, eine Schuldenbremse würde für Unternehmen oder private Haushalte gelten. Die private Investitionstätigkeit würde schlagartig zusammenbrechen, kaum ein Privater könnte mehr ein Haus finanzieren.

Schuldenbremse hoch umstritten

Die Schuldenbremse steht in offenem Widerspruch zum Erkenntnisstand der Finanzwissenschaft. Dort gilt als "goldene Regel", dass öffentliche Investitionen durch Kredite vorfinanziert werden. Man stelle sich vor, eine Schuldenbremse würde für Unternehmen oder private Haushalte gelten. Die private Investitionstätigkeit würde schlagartig zusammenbrechen, kaum ein Privater könnte mehr ein Haus finanzieren.

Wie schädlich eine Schuldenbremse für Wachstum und Beschäftigung ist, hat das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) berechnet. Hätte in den Jahren 2000 bis 2007 bereits die Schuldenbremse gegolten, wäre das Wachstum in diesem Zeitraum um bis zu 1,5 Prozent niedriger ausgefallen, und rund 500.000 Menschen wären weniger beschäftigt worden. Selbst der mehrheitlich neoliberale Sachverständigenrat kritisiert die Schuldenbremse als "zu eng", da nicht einmal öffentliche Investitionen in einem ökonomisch sinnvollen Umfang vorfinanziert werden können.

Notnagel Verschuldung

Durch wiederholte Steuersenkungen stehen Einnahmen und notwendige Ausgaben des Staates bereits seit langem in einem krassen Missverhältnis. Statt dies über eine sozial gerechte Steuerpolitik zu beseitigen, wurde auf Teufel komm raus gespart. Die Anteile der Ausgaben am BIP für Bildung, öffentliche Investitionen und öffentlich Beschäftigte gehören heute in Deutschland zu den niedrigsten in Europa. Ohne die öffentliche Verschuldung sähe alles noch schlimmer aus.



Ideologischer Streit

Hinter der mechanistischen Schuldenbremse verbirgt sich ganz offensichtlich ein tieferliegender ideologischer Streit um die grundsätzliche Rolle des Staates. Für diejenigen, die den Staat prinzipiell als Hemmschuh der wirtschaftlichen Entwicklung sehen, ist die Schuldenbremse ein willkommenes Mittel, um staatliche Aktivitäten weiter zurückzudrängen. Wenn keine Schulden mehr gemacht werden dürfen, gleichzeitig populistisch weitere Steuersenkungen angekündigt und durchgesetzt werden, lässt sich die weitere Zurückdrängung des Staates gleichsam als unausweichlicher "Sachzwang" darstellen. Großartige Begründungen der Notwendigkeit umfassender Einsparungen kann man sich dann sparen.

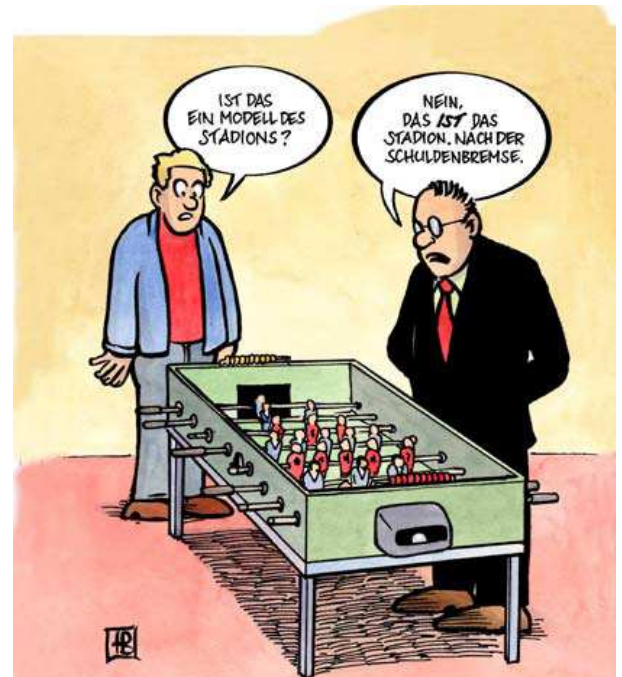
Sozialer Kahlschlag droht

Als Folge von Schuldenbremse und angekündigten weiteren Steuersenkungen droht in den nächsten Jahren ein sozialer Kahlschlag. Von der geplanten Neuverschuldung des Bundes mit über 85 Milliarden Euro in 2010 ist aus heutiger Sicht eine Reduktion auf rund acht Milliarden Euro bis 2016 zu erreichen. Ankündigungen des Bundesfinanzministers zeigen, dass dies vor allem über Einsparungen bei den öffentlichen Ausgaben in zweistelliger Milliardenhöhe erreicht werden soll.

Wachstums- und Sozialstaatsbremse

Grundsätzlich muss dem Staat die Möglichkeit der Verschuldung zur Finanzierung von Konjunkturprogrammen und wichtigen Zukunftsinvestitionen erhalten bleiben. Die Schuldenbremse ist diesbezüglich völlig kontraproduktiv. Mittlerweile haben alle Länder damit begonnen einen Pfad zum Abbau der Neuverschuldung zu konzipieren. Da die Länder kaum Möglichkeiten haben, ihre Einnahmen zu erhöhen, sind überall massive Ausgabenkürzungen geplant. Obwohl Deutschland dringend eine Stärkung der Binnennachfrage bräuchte, passiert als Folge der Schuldenbremse genau das Gegenteil.

Und der Bund? Der reagiert genauso wie die Länder, obwohl er umfassende Möglichkeiten hat, seine Einnahmen zu steigern. Vor allem hohe Gewinne, Vermögen und Einkommen müssten wieder stärker an der Finanzierung notwendiger Ausgaben beteiligt werden. Dazu ist die derzeitige Regierung jedoch aus ideologischen Gründen weder willens noch in der Lage. Daher ist absehbar, dass die Schuldenbremse in der Gegenwart zu einem sozialen Kahlschlag führen wird. Aufgrund von angeblich alternativlosen Einsparungen bei Investitionen in die Umwelt, die Bildung und die Infrastruktur werden auch der Wohlstand und die Handlungsmöglichkeiten zukünftiger Generationen massiv eingeschränkt.



Wahlzettel

Um möglichst viele Stimmen für die Schuldenbremse zu bekommen, hat sich der Staat was gutes einfallen lassen, sodass viele der unaufgeklärten Menschen auf jeden Fall JA ankreuzen werden.

MUSTER

HESSEN

STIMMZETTEL

für die Volksabstimmung am 27. März 2011

Der Hessische Landtag hat am 15. Dezember 2010 das **Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Hessen (Aufnahme einer Schuldenbremse in Verantwortung für kommende Generationen – Gesetz zur Schuldenbremse)** beschlossen.

Stimmen Sie diesem Gesetz zu?

JA **NEIN**

„Aufnahme einer Schuldenbremse in Verantwortung für kommende Generationen ...“

Allein diese Aussage bringt viele dazu, sich für die Schuldenbremse zu entscheiden, da es heißt, dass wir sonst für unsere Kinder die Verantwortung tragen würden, dass diese von Geburt an verschuldet wären.

Dies ist jedoch FALSCH!

**Deshalb:
Für einen handlungsfähigen Sozialstaat
JA zu Demokratie – NEIN zur „Schuldenbremse“**

Erspart uns das >>>



NEIN zur Schuldenbremse heißt nicht gleich JA zu Schulden!!!

Natürlich gibt es noch andere, die sich von der Einführung einer „Schuldenbremse“ etwas versprechen ...

